



## **IPPNW Regionalgruppe Trier**

*Internationale Ärzte/ innen für die Verhütung des Atomkrieges*

### **Bundestagswahl am 23. Februar:**

Jede Stimme für Friedensdiplomatie, Abrüstung, Grundrechtenschutz und soziale Verantwortung zählt!

Die vorgezogene Bundestagswahl am 23. Februar findet in außen- wie innenpolitisch turbulenten Zeiten statt. Entmutigung, Perspektivlosigkeit und Zukunftsängste machen sich breit. Der Amtsantritt von Donald Trump in den USA hat die allgemeine Verunsicherung noch verstärkt. Durch Trump wird eine Vielzahl von internationalen Abkommen und Vereinbarungen in Frage gestellt oder durch den Austritt der USA nachhaltig geschwächt.

Der Wahltag geht dem 3. Jahrestag des Beginns des Ukraine-Krieges (am 24.02.2022) voran und führt damit unmittelbar zu der Frage, wie die Parteien zur weiteren militärischen Unterstützung der Ukraine stehen, welche Bedeutung sie diplomatischen Schritten zur Konfliktbeilegung zumessen und welche Wege sie vorschlagen, um eine neue, internationale Sicherheitsarchitektur zu errichten. Welche Politiker/innen nehmen eine militärische Eskalation in Kauf, z.B. durch Befürwortung der Weitergabe weitreichender Waffensysteme wie den Taurus an die Ukraine? Wer spielt das zunehmende Risiko des Einsatzes atomarer Waffen herunter? Wer sieht Russland in der Rolle des Erzfeindes, der sich den ganzen europäischen Kontinent einverleiben möchte und davon nur durch Aufrüstung („Schließung von Fähigkeitslücken“) und Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen abzuhalten ist? Für wen steht die Kriegsertüchtigung aller gesellschaftlichen Bereiche einschließlich der Bildung und des Gesundheitswesens im Vordergrund, anstatt dringend notwendige Maßnahmen und Investitionen im Interesse der Bürger anzugehen?

Bei der anstehenden Bundestagswahl steht Vieles auf dem Spiel und auf der Kippe. Bekommen diejenigen die Oberhand, für die „rote Linien“ noch nie existiert haben und die sich für eine aberwitzige Steigerung des Militärhaushalts auf Kosten des Sozialerhalts, des

Bildungshaushalts und der Anpassung an den Klimawandel aussprechen? Sollen Asylsuchende und Migranten als Sündenböcke herhalten, um politikverdrossenen Wählern, die sich benachteiligt und abgehängt fühlen, eine Zielscheibe für ihren Frust zu bieten? Wer will Deutschland abschotten und in eine Trutzburg verwandeln im hilflosen Versuch, die weltweiten Ströme der Entwurzelten und Zufluchtsuchenden an Deutschlands Grenzen vorbeizulenken?

### **Demokratie und Frieden erfordern persönlichen Einsatz**

Auch wenn der Begriff „abgegriffen“ wirkt: Die Wahl am 23. Februar ist eine Richtungswahl, vielleicht eine Schicksalswahl. Es werden die Weichen gestellt, ob sich unsere Gesellschaft weiter militarisiert oder ob der Geist des Dialogs und der friedlichen Konfliktbewältigung neu belebt wird. Es geht darum, ob das Grundgesetz weiter ausgehöhlt wird, z.B. durch gesetzeswidrige Anträge zur faktischen Außerkraftsetzung des Asylrechts, oder ob Integrationsangebote optimiert und mit Aktionen zur Gewaltprävention wirkungsvoll ergänzt werden. Und es geht darum, ob der zunehmenden Vergiftung des politischen Klimas durch rechtsextremes Gedankengut Einhalt geboten wird oder ob Hass, Ausgrenzung und Menschenverachtung freie Bahn erhalten.

Es liegt an uns, dem Friedens- und Demokratiegebot des Grundgesetzes Wirkung zu verleihen und den Kräften Einhalt zu gebieten, die diese Prinzipien missachten. Stehen wir gemeinsam für ein friedliebendes und freiheitlich verfasstes, weltoffenes Deutschland ein, das seinen sozialen Verpflichtungen und seiner Verpflichtung zur Sicherung der Lebensgrundlagen für kommende Generationen gerecht wird.



IPPNW Regionalgruppe Trier

[kontakt@ippnw-trier.de](mailto:kontakt@ippnw-trier.de)

Homepage: <https://ippnw-trier.de/>

Verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Klaus Fischer, Am Trimmelter Hof 179, 54296 Trier